

5. / IV. 1917.

Was die „große“ Presse verschweigt.

Gestern gab es die Generalversammlung der Verkehrsbank. Die große Presse, zu deren guter Kundenschaft diese Bank gehört, berichtet darüber mit zehn Zeilen. Zwei beachtenswerte Zwischenfälle werden auf das Sorgfältigste verschwiegen. Der Abgeordnete Summer rügte es scharf, daß die Verkehrsbank durch die Erwerbung von Aktien von Zeitungsunternehmen Einfluß auf das politische Leben zu gewinnen trachte. Ferner beanstandete er die Häufung von Verwaltungsratsstellen, deren zum Beispiel der leitende Direktor Philipp Broch nicht weniger als 28 inne hat (nebenbei gesagt, ist das noch keinesweges die Höchstleistung, es gibt Bankleute, die das Kunststück bis zu 36 und 40 solcher einträglicher Ehrenämter zustande bringen). Der Aktionär Dr. Rudolf Langrod stellte anknüpfend an diese Ausführungen den Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, die die Satzungen in dem Sinne zu ändern hätte, daß „den Verwaltungsräten und Mitgliedern der Direktion jede Annahmierung von Verwaltungsratsstellen untersagt werde, bzw. daß ein Verwaltungsrat oder Direktor dieser Bank gleichzeitig nicht mehr als eine Verwaltungsratsstelle innehaben darf.“ In der Begründung bezog sich der Antragsteller teilweise auf die Ausführungen des Abgeordneten Summer, teilweise darauf, daß die Verbindung vieler einträglicher Verwaltungsratsstellen in einer Hand außer der physischen Unmöglichkeit, der übernommenen Pflicht gewissenhaft nachzukommen, auch aus ethischen Gründen verwerflich ist. Der Antrag wurde selbstverständlich von der Versammlung unter Entrüstungszurufen sämtlicher Strohmannen rundweg abgelehnt, nachdem einige von diesen ihn ebenso entrüstet bekämpft hatten.

Das Bemerkenswerteste unter den Ereignissen dieser Generalversammlung ist aber das, was sich nicht ereignete. Nicht ein Aktionär, merkwürdigerweise auch der Vertreter des Aktionärvereines nicht, fand es angebracht, Auskunft über die soviel besprochene Geschäftsbeziehung der Verkehrsbank zu ihrem derzeit bedeutendsten Kunden Herrn Siegmund Bosel in Firma Bosel & Rosenbaum zu erbitten. Ein geistreicher französischer Schriftsteller hat das Wort geprägt: Dumm wie ein Aktionär! Vielleicht kommt übrigens noch die Zeit, wo es Nichtaktionären gestattet sein wird, sich mit dieser interessanten Geschäftsbeziehung etwas wirksamer zu beschäftigen, als durch bloße

fröhliche Nachrichten zuflüstern, nicht bei ihrem wahren Namen nennen? Soll jedermann im Staate Anspruch auf Anerkennung haben, wenn seine Tat sie verdient, und nur der nicht, dessen Taten um so verdienstvoller sind, weil seine Untätigkeit so großen Schaden stiften könnte? Und uns, die wir demokratisch genug sind, auch den Höchststehenden nicht über Lob und Tadel erhaben zu finden, sollte es zukommen, nur die volkstümliche Tat zu loben, nicht aber auch den, dessen Verdienst sie ist? Dieser müßte schweigend übergangen werden? Wir, die wir, wenn schon nicht wissen, so doch vermuten können, was heißen möchte, der Gerechtigkeit jedes Hindernis aus dem Wege zu räumen und der Öffentlichkeit volle Freiheit zu schaffen, wir erklären freimütig, daß sich der Kaiser durch sein Eintreten für Recht und volles Licht ein hohes Verdienst um den Staat und das Volk erworben hat. Der Sieg vom 4. April über den inneren Feind wird unversehrt bleiben; das Volk hat keine Auszeichnung zu verleihen, und hätte es sie, so stände es ihm hier nicht zu; aber in Tagen, wo es ernst wird, zeigt es, für wen es dankbar empfindet. Wir leben in solchen Zeiten; es gibt kein stärkeres Band zwischen Volk und Thron als das Bewußtsein, daß das Schwert in der Hand des Herrschers im Kriege der Tapferkeit, im Frieden der Gerechtigkeit dient.

Dies zu sagen, ohne jeden Zweifel im Sinne des demokratischen Wien, das zu diesem Blatte hält, scheint uns Pflicht und Recht zugleich. Wir wollen, daß der Kaiser immer mehr werde, als was ihn seine Taten bisher gezeigt haben. Wir brauchen für die schweren Zeiten, denen wir entgegengehen, einen Kaiser, wie wir vorahnend, einiges wohl auch wissend, schon vor einiger Zeit sagten und heute wiederholen, wo es in so hohem Sinne Wirklichkeit geworden ist, daß im Namen des Kaisers Recht gesprochen wird: die Zeit, die so sichtbarlich kommt, braucht ein verjüngtes, auf neuen Grundlagen aufgebautes Österreich und einen demokratisch-sozialen Volkskaiser.

Wenn das wahr ist, was man sich über die Vorgeschichte des Prozesses Kranz erzählt, so haben wir diesen Volkskaiser. Es wird von nun an nicht mehr heißen: Unde habeas nemo quaeret, sed oportet habere; zu besitzen wird nicht länger genügen, seitdem gestagt wird, woher man es habe.

Es ist eine traurige Zeit, in der wir leben, und der

Fragen an die Direktion der Verkehrsbank, die noch immer nur durch vornehmes Stillschweigen beantwortet werden. Keine Antwort ist allerdings auch eine Antwort, aber es wäre doch erwünscht, wenn man nach dem Prozeß Kranz nicht länger nur auf diese nicht ganz ausreichende Antwort angewiesen bliebe, wo man doch endlich den Wert der vollen Öffentlichkeit erkannt haben sollte.